

5422 07823

00021

0001

Hilferding

Hamburgisches  
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum 15. Aug 1923 192

# Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 371.



Dr. Rudolf Hilferding  
der neue Reichsfinanzminister.

## Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 371

## Die neuen Männer.

## Persönliches.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding ist der führende Theoretiker der sozialistischen Partei in wirtschaftlichen Fragen. Aber seine wissenschaftlichen Arbeiten haben ebenso wie seine Stellungnahme zu den aktuellen wirtschaftspolitischen Tagesereignissen weit über die Grenzen seiner Partei hinaus eine allgemeine Beachtung gefunden. Als Mitglied der Sozialisierungskommission, des Reichswirtschaftsrates und als führender Sachverständiger seiner Partei spielt er seit langem in der deutschen Wirtschaftspolitik eine hervorragende Rolle. Wenn er jetzt den Schritt vom Sachverständigen zum leitenden Minister macht, so wird er stärker als bisher mit der Kompliziertheit der Realitäten sich auseinanderzusetzen haben und beweisen müssen, daß er nicht nur in abstrakten Gedankengängen zu Hause ist. Das sozialistische Finanzprogramm, von dem wesentliche Teile jetzt im Reichstage angenommen sind, war sein Werk. Er wird jetzt berufen, dafür auch die volle Verantwortung vor dem Parlament und dem Volke zu übernehmen, und es ist zu hoffen, daß er dafür alle Voraussetzungen mitbringt. Auch auf dem Gebiete der Währungspolitik ist Hilferding in starkem Maße und mit wachsendem Einfluß tätig gewesen. Einen Wechsel der Reichsbankleitung hat er schon vor Jahresfrist gefordert. Daß er als Finanzminister mit der jetzigen Reichsbankleitung zusammenarbeiten kann, ist schlecht vorstellbar. Seinen letzten währungspolitischen Vorschlägen konnte man nicht immer Folge leisten. Aber seine letzten schriftstellerischen Äußerungen zeigen, daß er nicht zu den Fanatikern gehört, die mit ihrer Idee durch dick und dünn gehen. Ein Artikel von ihm, der kürzlich im „Ere nouvelle“ veröffentlicht wurde, in dem er Deutschlands Widerstandskraft zu unterschätzen warnte und auch einen „Ausgleich zwischen Industrie und Arbeiterschaft“ für durchaus möglich hielt, fand auch in Deutschland starke Beachtung.

Dr. Hilferding ist Wiener von Geburt und heute 44 Jahre alt. Er ist Dr. med., wandte sich aber später volkswirtschaftlichen Studien zu. Sein Hauptwerk ist das „Finanzkapital“, wohl das einzig lebensfähige rein ökonomische Werk aus der Schule von Marx. Im Jahre 1906 nahm er die Tätigkeit als Lehrer an der Berliner sozialistischen Parteischule auf. Er war Redakteur des „Vorwärts“, nach dem Kriege Chefredakteur der „Freiheit“. An der Wiedervereinigung der U. S. P. D. mit der S. P. D. hat er führenden Anteil genommen.

★

## Vossische Zeitung (Berlin)

Nr. 190

**Rudolf Hilferding**

Zu seinem fünfzigsten Geburtstage

Dr. Rudolf Hilferding vollendet heute sein 50. Lebensjahr. Sein Entwicklungsgang ist recht ungewöhnlich. In Wien ist er geboren, studierte dort Medizin und wurde im Jahre 1901 zum Dr. med. promoviert. Er übte auch eine Zeitlang den ärztlichen Beruf aus, aber seine Interessen wandten sich mehr und mehr der Volkswirtschaft und der sozialistischen Bewegung zu. Nachdem er eine Reihe marxistischer Arbeiten veröffentlicht hatte, kam er 1906 als Redakteur an die wissenschaftliche Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie „Die Neue Zeit“. Ein Jahr später ging er zum „Vorwärts“ über, dessen Redaktion er bis in die erste Kriegszeit hinein angehörte. Auch in dieser Periode war er noch vornehmlich theoretischen Fragen zugewandt, und als Ergebnis seiner vielfältigen Studien erschien im Jahre 1910 sein literarisches Hauptwerk „Das Finanzkapital“, in dem er die Grundsätze der marxistischen Wirtschaftsauffassung und die Methode marxistischen Denkens auf das Gebiet des Bankwesens anwandte.

Durch den Krieg wurde er vor Entscheidungen der praktischen Politik gestellt. Er gehörte der Gruppe von Sozialdemokraten an, die von vornherein gegen die Bewilligung der Kriegskredite auftraten. Dadurch kam er mit Eduard Bernstein, mit Breitscheid und anderen sonst durchaus nicht radikalen Sozialisten zu der linken Flügelgruppe, den „Unabhängigen“. Nachdem er während des Krieges als österreichischer Militärarzt tätig gewesen war, kehrte er nach Berlin zurück, und, mit den reichsdeutschen Verhältnissen längst vertraut, übernahm er nun eine führende Rolle bei der sozialistischen Auseinandersetzung der Revolutionszeit. Als Chefredakteur der „Freiheit“, des Berliner Organs der Unabhängigen Sozialdemokratie, übte er auf die Stimmung namentlich der Berliner Arbeiterschaft einen nicht unwesentlichen Einfluß aus, und wenn eine weitere Radikalisierung der U. S. P. D., die damals Berlins stärkste Partei war, vermieden worden ist, so war das zum erheblichen Teil Hilferdings Verdienst. Theoretisch und parteitaktisch setzte er sich auf dem Halleschen Parteitag der U. S. P. D. im Jahre 1920 mit Sinowjew auseinander. Unter Hilferdings Führung fand dann der rechte Flügel der U. S. P. D. wieder den Anschluß an die Mehrheits-Sozialdemokratie, die heute wieder unter ihrem alten Namen vereinigte „S. P. D.“.

Inzwischen hatte Hilferdings Wirken aber auch weit über die Parteikreise hinaus Anerkennung gefunden. Er war in den Reichswirtschaftsrat berufen worden, nahm als Sachverständiger an der Konferenz von Genua teil und galt, ohne zunächst dem Reichstag anzugehören, als einer der

Wirtschaftskundigen, dessen Ratsschlag vor allen wichtigen finanziellen und ökonomischen Maßnahmen eingeholt — leider nicht immer befolgt wurde. Erst nachdem unter dem Finanzminister Dr. Hermes die von Helfferich und Havenstein gestützte Finanz- und Währungspolitik des Ruhrkampfes vollkommen Schiffbruch erlitten hatte, berief man Hilferding zur Leitung der Reichsfinanzen. In dem Kabinett der Großen Koalition, das im August 1923 unter Stresemanns Leitung gebildet wurde, hatte Dr. Hilferding den damals wichtigsten Posten, das Finanzministerium, inne.

In siebenwöchiger Ministertätigkeit hat er damals den Uebergang auf Goldmarksteuern durchgesetzt, den sein Vorgänger angeblich aus technischen Gründen nicht einzuführen wagte. Unter Hilferding wurden die neuen Währungspläne ausgearbeitet, wurde die gefährliche Helfferichsche Roggenwährung in die auf eine Goldinheit abgestellte Rentenmark umgebildet, wurden vor allem die Grundlagen für die Steuergesetzgebung der Uebergangszeit und für eine Ausbalanzierung des Etats geschaffen, ohne die eine Stabilisierung der Währung unmöglich gewesen wäre.

Freilich wurde Hilferding aus der Regierung verdrängt, ehe er noch in der Stabilisierung der Mark die Frucht aus seinen Vorarbeiten ernten konnte. Die Sozialdemokraten, denen man in der schwersten Katastrophenzeit gern vier Ministerseffel eingeräumt hatte, brauchte man nun nicht mehr. Dem Intrigenspiel einiger volksparteilicher Politiker und deren schwerindustriellen Hintermänner mußten die sozialistischen Minister, unter ihnen auch Dr. Hilferding, weichen. Der Ruhm, der Finanzminister der Stabilisierung zu sein, fiel seinem Nachfolger Dr. Luther zu. Aber das ändert nichts an den großen Verdiensten, die Hilferding sich um die Sanierung der Finanzen und der Währung erworben hat.

Der Gang der politischen Ereignisse hat die Sozialdemokratie seither mehr und mehr in Oppositionsstellung gebracht. Daß aber die S. P. D. sich nicht nur in unfruchtbarer Obstruktion erschöpfte, sondern auf vielen Gebieten der Innen- und der Außenpolitik auch ohne Teilnahme an der Regierung positiv mitarbeitete, ist mit einer der Haupterfolge Hilferdings, der seit den Dezemberwahlen 1924 auch dem Reichstag angehört und bei allen großen wirtschaftspolitischen Fragen der Sprecher und Führer seiner Fraktion ist. Erst kürzlich auf dem Kieler Parteitag der S. P. D. hat Dr. Hilferding in seiner großen Programmrede die Richtlinien der sozialdemokratischen Politik mit meisterhafter Klarheit vorgezeichnet.

Der soziologischen Vertiefung des Marxismus gilt die von Hilferding herausgegebene Zeitschrift „Die Gesellschaft“.

Der 50jährige Hilferding ist, auch ohne ministerielle Bekleidungsstücke, und ohne formell an der Spitze der Organisation zu stehen, unumstritten der geistige Führer der größten deutschen Partei.

07823

000

0004

Hilferding, Dr. Rudolf

Hamburgisches  
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum 18. Aug. 1927 192

## Magazin der Wirtschaft (Berlin)

Nr. 33

Rudolf Hilferding

Der Reichsminister a. D. Dr. Rudolf Hilferding, der am 10. August seinen 50. Geburtstag feiern konnte, vereinigt in sich in einer für deutsche Verhältnisse seltenen Weise die Eigenschaften eines führenden Politikers und Parlamentariers und eines Gelehrten von internationalem Ruf. Der junge österreichische Arzt, der sich schon als Knabe der sozialdemokratischen Partei angeschlossen und die Politik in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit gestellt hatte, wandte, von der faszinierenden Dialektik Marxens angezogen, sein Interesse bald ausschließlich der Nationalökonomie zu, die von jeher für ihre Entwicklung den Außenseitern — man denke an ihren Begründer, den französischen Arzt Quesnay — viel zu verdanken hatte. Nach einer antikritisch gegen Böhm-Bawerks Marx-Kritik gerichteten Erstlingsschrift, die in Stil und Argumentationsweise an den jungen Marx — mit all seinen Vorzügen und

wenden!



Schwächen — erinnert, begründete der Zweiund-dreißigjährige seinen wissenschaftlichen Ruf mit einem großen Werk über das „Finanzkapital“, das nicht nur die erste originale Fortbildung des Gebäudes der Marxistischen ökonomischen Theorie darstellt, sondern sich auch durch seine Fähigkeit, mit Verständnis und Beobachtungsgabe aus der verwirrenden Fülle der Tatsachen die Grundtendenzen der neuesten Phase der kapitalistischen Entwicklung herauszuschälen, weit über seine Partei hinaus allgemeine Anerkennung erwarb. Hilferding wurde damit zu dem auf ökonomischem Gebiet führenden Kopf der sogenannten „Austro-Marxistischen“ Schule, die geistig und politisch die österreichische Sozialdemokratie beherrschte und zu der die ersten Führer der jungen österreichischen Republik nach dem Kriege, Otto Bauer und Karl Renner, gehörten. Hilferding hatte 1919 sein politisches Schicksal von ihnen getrennt. Er war nach Berlin gegangen, um die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrem zermürbenden Kampfe gegen Kommunisten und Mehrheitssozialisten zu stützen. Es war ein Glück für ihn wie für die sozialdemokratische Bewegung, daß ihm durch die Vereinigung der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen Gelegenheit zu fruchtbarer Tätigkeit geboten wurde. Vierjährige Erfahrung in Deutschland hatten den Österreicher mit den Verhältnissen und Problemen der neuen Heimat intim bekanntgemacht, als der Zusammenbruch des Ruhrkampfes, die drohende Katastrophe des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft ihn in die Reihe derjenigen stellte, die im August 1923 als Einigungskabinetts-Stresemann den letzten Versuch einer Rettung unternahmen. Hilferding hat damals als Reichsfinanzminister seine Freunde und Anhänger enttäuscht. Es schien, als ob ihm, bei unbestrittener theoretischer Schulung und Sachkenntnis, die Energie mangelte, sein eigenes Programm der Goldsteuern und der Goldwährung an Stelle der unseligen Helfferich-Hermesschen Finanz- und Papiergeldwirtschaft mit der genügenden Schnelligkeit durchzuführen. Das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus dem Kabinetts-Stresemann infolge des sächsischen Konflikts hat Hilferding verwehrt, die Früchte einer zweimonatigen Tätigkeit noch selbst zu ernten, und seinem Nachfolger Luther den Ruhm eines Retters der deutschen Reichsfinanzen gebracht. Rückschauende ruhige Betrachtung muß jedoch zugestehen, daß die Verhältnisse, die Hilferding antraf, schnelleres Arbeiten fast unmöglich machten, und daß vieles von dem, was unter Luther vollendet wurde, unter seiner Ägide begonnen worden ist. Hätte er im August 1923, als er sein Amt antrat, den wahren Zustand der deutschen Reichsfinanzen gekannt, über den sein Vorgänger die Außenstehenden im unklaren gelassen hatte, wer weiß, ob er die unlösbar scheinende Aufgabe überhaupt übernommen hätte! Er erkannte bald, daß die Hunderte von Millionen, die der Ruhrkampf verschlang, durch kein Goldsteuerprogramm aufzubringen waren, und war so für die Erfüllung seiner Aufgabe, die Bilanzierung des Etats, darauf angewiesen, den langsamen Fortschritt der Ausgleichspolitik Stresemanns abzuwarten. Und auch der mit aller Energie in Angriff genommenen Durchführung dieses Goldsteuerprogramms stellten sich in der Zeit rapid steigender Devisenkurse und

eines zusammenbrechenden Finanzapparates ungeahnte technische Schwierigkeiten entgegen, — selbst als der Widerstand der führenden Beamten des Reichsfinanzministeriums gegen Goldsteuern endlich gebrochen war. Aber die grundlegenden Entwürfe für die Luthersche Steuerreform — nicht nur die Valorisierung der bestehenden Steuern, sondern auch die Betriebs- und Landabgabe mit ihren hohen Erträgen — stammen noch aus der Zeit Hilferdings. Ebenso lag sein währungspolitisches Zaudern in der Situation begründet: er übernahm — mit seltener Vorurteilslosigkeit — das Roggenmark-Projekt seines politischen Gegners Helfferich, freilich mit Modifikationen von prinzipieller Bedeutung, und im vollen Bewußtsein der währungspolitischen Unzulänglichkeit der nur wegen rein-massenpsychologischer Wirkungen beibehaltenen „Deckung“ dieser „Roggen“- „Boden“- oder „Rentenmark“. Er konnte seinen eigenen Plan der Stabilisierung und reinen Goldwährung noch nicht verwirklichen, weil der Reichshaushalt noch nicht die Notenpresse entbehren konnte; und konnte nicht einmal das Surrogat, die neue „Rentenmark-Währung“, in Kraft setzen, weil es vor Beendigung des Ruhrkampfes und Wirksamwerden der Goldsteuern fraglich erscheinen mußte, ob sogar die für Staatszwecke reservierte Milliarde Rentenmark zur Deckung des Übergangsdefizits ausreichen würde. (Tatsächlich ist diese Milliarde von Luther dann in der Zeit vom 15. November bis 31. Dezember — sechs Wochen! — beinahe voll verbraucht worden, als im letzten Moment, zu Beginn des Jahres 1924, die Bilanzierung gelang — und tatsächlich hat die kritische Währungslage bis in den Juni 1924 bewiesen, daß schon diese Milliarde währungspolitisch zu viel war.) Objektive Beurteilung ist Sache der Nachwelt und nicht der Mitwelt, und so ist es nicht verwunderlich, daß der scheinbare Mißerfolg seiner Ministertätigkeit Hilferdings Autorität nicht gestärkt hat. Seine Partei hat freilich auch nachher Gewicht auf seinen Rat gelegt, in dem sich vorsichtiges taktisches Auswägen der Gesamtlage nach allen Richtungen mit vorurteilsfreier und Schlagworten nicht erliegender Erkenntnis der Grundtendenzen der politischen Entwicklung verbinden. Und die deutsche Geschichte wird dankbar den Namen des Staatsmannes hervorheben, der nach neunjähriger Mißwirtschaft zum erstenmal das Staatsschiff wieder nach der rettenden Küste wandte.

## Hamburger Fremdenblatt

Nr. — 340. a

**Hilferding  
über Wirtschaftsprobleme.**

Ein Vortrag im Ueberseeclub Hamburg.

Als Gast des Ueberseeclubs Hamburg sprach gestern abend der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. R. Hilferding, Berlin, zu dem Thema:

„Die deutsche Wirtschaft und die internationale Verschuldung.“

Seine von großem Optimismus getragenen Ausführungen gruppierten sich in der Hauptsache um die Aufzeigung der weltwirtschaftlichen Vereinbarungen und Entwicklungstendenzen im Gefolge des Krieges und ihre Rückwirkungen speziell auf die deutsche Wirtschaft. Aus der großangelegten Rede, die gerade nach der ausgedehnten internationalen Debatte aus Anlaß des Gilbert-Memorandums sich in zum großen Teil bekannten Geleisen bewegen mußte, aber in der geschickten Aufzeigung und Vertiefung der Hauptprobleme auch den versierten Theoretiker Hilferding erkennen ließ, war besonders die bereits in der vorigen Woche im Rahmen der Wirtschaftsdiskussion im Reichstag von Hilferding betonte scharfe Gegnerschaft gegen die schachtischen Auslandsverschuldungsbesorgnisse bemerkenswert. Deutschland, so argumentiert Hilferding, hat seit der Stabilisierung einen Wiederaufbau seiner Wirtschaft in grandiosem Ausmaß durchgeführt. Diese Leistung wäre unmöglich gewesen ohne Auslandskapitalzufuhr in der Form von Betriebs- und von Anlagengeldern. Die Kapitalaufnahme war in Ausmaß und Tempo diktiert von der Notwendigkeit der technischen Durchorganisation der deutschen Wirtschaft zum Zwecke der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die deutsche Wirtschaft habe bereits heute in Europa die Führung in der Organisation und Internationalisierung der Wirtschaft (Chemie, Kunstseide usw.). Es sei falsch, anzunehmen, daß das Vorgehen ewig dauern müsse; denn der große Investitionsbedarf sei für namhafte deutsche Wirtschaftskreise schon zum großen Teil befriedigt.

Die vorzeitige Auflösung der Reparationsfrage hält Hilferding für verfehlt. Eine Diskussion des Reparationsproblems sei bei der augenblicklichen Verfassung Europas nicht opportunistisch, weil erst die Wahlen in den verschiedenen Ländern abgewartet werden müssen. Es sei ein schwerer Fehler gewesen, den Reparationsagenten in die Rolle des Finanzkontrolleurs zu drängen; für eine Finanzkontrolle sei in Deutschland kein Raum, weil der Dawes-Plan ausreichende Pfänder und Sicherungen für die Gläubiger vorsteht. Das Problem der internationalen Verschuldung muß politisch gelöst werden, und zwar in der Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und England, um so mehr, als die beiden letzteren in dem Schuldnetz (an dessen einem Ende Deutschland, und an dessen anderem Ende Amerika steht) nur Durchgangsstellen seien. Wirtschaftlich kann von Deutschland die Frage der Schuldenermäßigung nicht angeschnitten werden, der Mechanismus des Dawes-Planes wird da von selbst Remedur schaffen müssen.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung seit dem Krieg ist nach Hilferding gekennzeichnet durch drei hervorragende Tatbestände, nämlich die rasche Industrialisierung der Welt, durch die ungeheure Organisation und Internationalisierung der Wirtschaft. Die Industrialisierung in der Welt dürfe keine Besorgnisse für die europäische Wirtschaft aufkommen lassen; zwar bedeute die Industrialisierung der Welt eine Verschiebung der internationalen Arbeitsteilung und bedinge eine geschickte Umstellung der nationalen Produktion. Die zunehmende Industrialisierung in der Welt habe der salde eine Erweiterung der Produktion erzielt, und das Handelsvolumen der Vorkriegszeit sei nahezu wieder erreicht. Das Wesen der Organisation der Wirtschaft sieht Hilferding in der Tatsache, daß heute nicht mehr von einem Kapitalismus der freien Konkurrenz gesprochen werden könne, sondern daß die freie Konkurrenz weitgehend gekennzeichnet sei durch Kapitalorganisationen (Kartelle, Syndikate). Der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft ist statuiert durch die Unterstellung der Preisbildung für wichtige Rohstoffe (Kohle, Kalk) unter das Veto des Staates. Auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes wird die frühere Unorganisiertheit überwunden durch die Organisation (Schlichtungsordnung, Arbeitslosenversicherung usw.). Aus der nationalen Organisation der Wirtschaft ergebe sich die Tendenz, die Kapitalorganisation auf internationaler Stufe weiterzuführen (Kohlekartell, internationale Kalkabmachungen).

Bezüglich der deutschen Außenhandelsbilanz weist Hilferding darauf hin, daß die Aufnahme von Auslandsanleihen zunächst Passivität der Handelsbilanz bedeuten müsse; grundsätzlich für Deutschland allen Passivitätsbesorgungen gegenüber sei die Tatsache, daß das deutsche Außenhandelsvolumen ständig zunehme und vor allem die Fertigwarenausfuhr. Ein weiteres erfreuliches Zeichen sei die Zunahme der Sparbildung im Innern. Diesen optimistischen Erwägungen sei allerdings auch die Reverso entgegenzustellen in der Form der öffentlichen Lasten in Deutschland. Die Wirtschaft sei von einem Verwaltungszwanz umgeben, der die deutsche Produktionskraft schädigt. Die Frage der Verwaltungsreform sei heute eine Lebensfrage der deutschen Produktion. Es dürfe sich beim Problem der Verminderung der öffentlichen Ausgaben nicht nur um kleine Sparmaßnahmen handeln, sondern um eine großzügige Verwaltungsreform, die zwar die Selbstverwaltung achte, aber dies verbinde mit dem Prinzip einer einheitlichen und zentralen Kontrolle der öffentlichen Finanzgebarung.

M. H.

## Hamburgischer Correspondent

Nr. 268

**Hilferdings Steuerprobe.**

Von unserer Berliner Redaktion.

Wir haben wirklich kein Glück in der deutschen Finanzpolitik. Als es vor ein paar Jahren dem Minister von Schlieffen einmal gelungen war, die Reichskassen zu füllen und durch eine vielleicht etwas zu weit getriebene Sparsamkeit und Anspannung der Steuerschrauben Vorsorge dafür zu treffen, daß das Reich nicht gleich in Geldverlegenheit kommen konnte, mußten wir uns mit dem Dawesplan abfinden, der in den darauf folgenden Jahren einen immer stärkeren Abfluß der mühsam zusammengekratzten Reichsmittel verursachte. Die Politik der Nachfolger des Herrn von Schlieffen bewirkte ein übriges, um den Zustand der Geldflut in der Reichskasse bald in eine tiefe Ebbe zu verwandeln. Man wollte der Wirtschaft helfen, indem man Steuererleichterungen einführte, aber man schoß übers Ziel hinaus und brachte das Reich in eine immer mehr wachsende Verlegenheit, die gegenwärtig ihren Höchststand erreicht haben dürfte. Man hatte außer Acht gelassen, daß mit einer Drosselung der Einnahmen auch eine Einschränkung der Ausgaben Hand in Hand gehen muß, und heute ist man wohl zu der Ueberzeugung gekommen, daß es besser ist, wenn man etwas zu viel Geld, als gar zu wenig in der Reichskasse hat. Der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding ist zurzeit der am wenigsten beneidete Mann im Reiche. Schlag auf Schlag haben ihn die Mißerfolge getroffen. Mit größter Mühe war um Ostern herum die Bilanzierung des Etats gelungen, als sich jetzt bereits ein neuer Fehlbetrag im Haushalt herausstellt. Von Monat zu Monat hat sich die Reichskasse mit Bankkrediten kümmerlich beholfen. Die große steuerfreie Anleihe sollte hier gründlich Wandel schaffen, aber auch sie ist ein völliger Fehlschlag geworden. Herr Hilferding steht in der mißlichsten Lage seiner ganzen Regierungszeit, und die Schwierigkeiten sind so enorm angewachsen, daß die Gerüchte nur allzu begreiflich sind, die dieser Tage von seinem angeblich bevorstehenden Rücktritt wissen wollten.

Nun, Dr. Hilferding wird nicht zurücktreten, und es wird ihm nicht erspart bleiben, die Fehler wieder gut zu machen, die das jetzige Glend zum großen Teil verschuldet haben. Man soll nicht ungerecht sein und soll nicht verkennen, daß der jetzige Finanzminister nicht ganz allein die Verantwortung für alles das trägt, womit man sich jetzt im Kabinett und im Finanzministerium herumzuschlagen hat. Er kam bei seiner Amtsübernahme schon in eine wenig günstige Finanzlage hinein, aber er hat immerhin mehr als ein Jahr Zeit gehabt, an ihrer Besserung zu arbeiten, hat jedoch keinerlei Erfolge dabei erzielt. Ein Blick auf die gegenwärtige finanzielle Situation sagt mit wenigen Zahlen mehr als lange Betrachtungen. Die neue Reichsanleihe hat noch nicht einmal 180 Millionen Mark gebracht. Darauf hat man bereits einen Vorstoß von 120 Millionen genommen. Am 1. Juli muß außerdem der letzte Bankkredit in Höhe von 180 Millionen zurückgezahlt werden. Am 1. September sind 145 Millionen Schabanweisungen fällig, und der Haushaltsplan zeigt bereits ein neues Defizit, welches zwischen 200 und 270 Millionen Mark liegt. Das sind zusammen Fehlbeträge von annähernd 700 Millionen Mark, die spätestens im Herbst geregelt sein müssen.

Das ist aber nicht die einzige Sorge. Dringender ist die Notwendigkeit, für den Augenblick Geld zu beschaffen. Gerade um diese täglichen Verlegenheiten wollte man ja durch die große Anleihe herunkommen, aber nach dem Fehlschlag dieser Aktion ist der akute Geldmangel in der Reichshauptkasse nur umso drückender geworden. Es ist kein Wunder, daß unter dieser Umständen alle möglichen halb bestätigten, halb dementierten Behauptungen umgehen. Man spricht davon, daß das Reichsfinanzministerium sich durch Vermittlung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht um neue Auslandskredite bemühe. Die Eisenbahn läßt sich mitteilen, daß ihre Vorzugsaktien dabei keine Rolle spielen. Man erzählt sich, daß Dr. Hilferding einige große industrielle Firmen um ganz kurzfristige Kredite angegangen habe, und man erwägt im Kreise der Finanzfachverständigen der Parteien allerlei Maßnahmen, nicht etwa zur endgültigen Behebung der vorhandenen Notlage, sondern nur zur Hinausschiebung der schlimmsten Verlegenheiten gewissermaßen von einem Tage zum andern. Schon als die steuerfreie Reichsanleihe beschlossen wurde, erhob sich überall die Frage: „Wie konnte man es so weit kommen lassen?“ Heute wird diese Frage zu einer überaus ersten Anklage, aus der aber zugleich die absolute Notwendigkeit hervorgeht, nunmehr ganz energisch durchgreifende Mittel anzuwenden, um das Uebel nicht nur in seinen Symptomen, sondern an der Wurzel zu kurieren.

Dabei wird Dr. Hilferding seine Feuerprobe zu bestehen haben. Es kommt für die politische Beurteilung dieses Ministers gar nicht darauf an, daß er in den letzten Monaten immer mehr in die erwähnten Schwierigkeiten hineingeraten ist, obwohl dieser Umstand natürlich eine recht peinliche Vorbelastung bedeutet. Das hätte aber einem anderen schließlich auch passieren können. Das Entscheidende ist, wie der Minister

**Wenden!**



aus dieser zum Teil selbstverschuldeten Lage wieder herauskommen wird und in welchem Maße es ihm dabei gelingt, für die weitere deutsche Finanzpolitik solide Grundlagen zu schaffen. Er hat ja immerhin ein bißchen Glück im Unglück. Die Neuregelung der Reparationslasten, so skeptisch man auch im ganzen dem Pariser Ergebnis gegenüberstehen mag, wird immerhin für das laufende Jahr gegenüber dem Dawesplan eine Erleichterung von 500 bis 600 Millionen bringen. Das sind zwar nur fünf Prozent des Gesamtetats, aber in einer Zeit, in der 100 Millionen mehr oder weniger in der Reichskasse eine so bedenklich große Rolle spielen, ist eine halbe Milliarde schon ein recht beträchtlicher Faktor. Allerdings hat man über diese voraussichtliche Ersparnis schon mehr Berechnungen und Verteilungspläne angestellt, als gut ist. Es ist ein Verdienst der demokratischen Fraktion des Reichstages, daß sie vor einigen Tagen in einer Entschließung öffentlich die Forderung erhob, daß die Erleichterung unseres Reparationskontos nicht den Anlaß zu neuen Ausgaben, sondern vielmehr zu einer Finanzreform mit dem Ziele einer Erleichterung der Wirtschaft bilden müsse. In sehr merkwürdigem Gegensatz steht dazu die Auffassung des „Vorwärts“, welcher unverfroren erklärte, daß man die Reparationserparnis einfach in die Reichskasse fließen lassen möge, um damit die augenblickliche Geldverlegenheit zu beseitigen. Das ist ungefähr das Gegenteil von einer großzügigen und vernünftigen Finanzpolitik, und Dr. Silberding würde die ihm bevorstehende Probe schlecht bestehen, wenn er zu einem solchen Vorschlag seiner Parteigenossen, einfach weiterhin von der Hand in den Mund zu leben, Ja und Amen sagen wollte.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Neuregelung unserer Reparationsleistungen auch eine Reihe neuer Verpflichtungen für den Reichshaushalt mit sich bringt. Die Sonderbelastung der Industrie in Höhe von 300 Millionen und die Beförderungsteuer, die ebenfalls 290 Millionen für Reparationszwecke brachte, werden voraussichtlich wegfallen. Dieser Wegfall wird nun zwar durch die Ermäßigung der Unmütigkeiten annähernd ausgeglichen, aber im übrigen bleibt das Reich, abgesehen von den 660 Millionen, die die Reichsbahn leistet, für die gesamte Reparationslast allein haftbar. Wo also die 700 Millionen herkommen sollen, die oben als Sonderbedarf ausgerechnet wurden, oder wo im Etat die Reparationslasten untergebracht werden sollen, wenn man nach dem Vorschlag des „Vorwärts“ die Reparationserleichterung einfach zum Aufstopfen der jetzt vorhandenen Löcher verwenden will, das ist nicht abzusehen. Zwar steht dem Reiche noch ein feinerzeit an die Reichsbahn gewährter Kredit von ungefähr 150 Millionen zur Verfügung, aber erstens ist das ein Tropfen auf den heißen Stein, und zweitens ist die Reichsbahn selbst nicht in der Lage, zurzeit solche Summen zu entbehren.

In diesen Tagen werden die Finanzfachverständigen der Regierungsparteien, die um Ostern herum den Etat zusammenstrichen, wieder im Finanzministerium mit Herrn Silberding zusammenkommen. Man hat jetzt einen klareren Überblick über das, was fehlt und über das, was zu erwarten ist. Es wird hohe Zeit, daß die Sozialdemokratie ihre führende Rolle in der Reichsregierung vollkommen von Parteiwünschen loslöst und daß der Reichsfinanzminister gemeinsam mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien ein umfassendes Reformprogramm aufstellt, durch welches wir nicht nur aus dem unwürdigen Zustande der täglichen Geldverlegenheiten heraus, sondern zugleich auf die Bahn einer gesunden und dauerhaften Steuer- und Reparationspolitik gelangen.



07823 0008 BEC

Datum 16. Sept. 1941

Neue Zürcher Zeitung

Nr 278

### Deutschland

#### Hilferding gestorben

Lissabon, 16. Sept. ag (Reuter) Es wird gemeldet, daß der ehemalige deutsche Finanzminister und langjährige Reichstagsabgeordnete Rudolf Hilferding im Alter von 63 Jahren in einem deutschen Gefängnis gestorben sei. Hilferding hatte sich als politischer Flüchtling in Frankreich aufgehalten und war nach der Besetzung durch Deutschland ausgeliefert worden.

(Rudolf Hilferding zählte nach dem Weltkrieg zu den Führern der Sozialdemokratischen Partei und

galt als Sachverständiger der Reichstagsfraktion für finanzpolitische Fragen. Im Jahre 1923 bekleidete er im Kabinett Stresemann während einiger Monate das Amt des Reichsfinanzministers, das er 1928 im Kabinett Hermann Müllers wieder übernahm und bis 1930 innehatte. Seit dem Jahre 1933 lebte er im Ausland. Seine Auslieferung durch die französische Polizei an die deutsche Gestapo erfolgte im Februar 1941 — offenbar auf Grund einer Bestimmung des Waffenstillstandsvertrags.)

*Hilferding*  
*P*  
*Rintoff*

07823 0009 BEC

Hamburger Echo

Nr 63

- 8. Aug. 1947

## Es ist derselbe Kampf...

12 Jahre Nazi Herrschaft und in ihrem Gefolge zwei Jahre Not, Elend und Mangel auf allen Gebieten haben erschreckende Lücken im geistigen Besitz des deutschen Volkes hinterlassen. Es handelt sich dabei nicht nur darum, daß der Großteil des deutschen Volkes, das einst den Ehrentitel eines „Volkes der Dichter und Denker“ führte, den Zusammenhang mit dem geistigen Schaffen des Auslandes nicht mehr besitzt, die Auswirkungen der Goebbelschen „Erziehung“ gehen noch weit tiefer: die meisten Deutschen haben den Zusammenhang mit der Geschichte ihres eigenen Volkes verloren! 12 Jahre Gleichschaltung mit dem Berliner Propagandaministerium zeitigten vor allem bei unserer Jugend die verheerende Wirkung, daß sie jetzt oft in der ganzen Welt bekannten Tatsachen der Entwicklung unwissend und ratlos gegenüberstehen. Zu den dringendsten Aufgaben der Presse muß es gehören, die Lücken des Wissens nicht nur bei der Jugend wieder zu schließen.

In zwei Tagen jährt sich z. B. der Geburtstag eines Mannes, der vor 1933 in Deutschland ein Begriff war: am 10. August wäre Rudolf Hilferding, der nach seiner Emigration und Auslieferung an die deutsche Gestapo durch die „Vichy-Regierung“ im Jahre 1941 im Pariser Gefängnis „La Santé“ zugrunde gegangen ist, 70 Jahre alt geworden. Gerade in dieser Zeit des Neuaufbaues eines demokratischen und sozialistischen Deutschlands muß dieses großen Theoretikers des internationalen demokratischen Sozialismus gedacht werden, der — wie der russische Historiker und Marx-Forscher Boris Nikolajewskij sagt — „mehr als jeder andere geleistet hat, um Marx' Werk der Erforschung der Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft fortzusetzen“.

Eine grundsätzliche Ansicht des klassischen Marxismus war, daß die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zwangsläufig zu ihrer Ablösung durch die sozialistische Gesellschaft führe; die früheren Sozialisten waren überzeugt, daß sie — durch den Ablauf der Geschichte — automatisch die unbestrittenen Erben der alten, kapitalistischen Welt sein würden. Hilferding war es, der auf Grund seiner nationalökonomischen und historischen Studien und der umfassenden Schauweite seiner geistigen Interessen — er hatte Medizin studiert, sehr intensive volkswirtschaftliche Studien betrieben und sich eingehend mit Philosophie und Geschichte befaßt — die Fragwürdigkeit dieses Optimismus klar formuliert hat. Karl Marx hatte wissenschaftlich bewiesen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem unvermeidlich von einem System der organisierten Wirtschaft abgelöst werden müsse. Wie aber das Problem des Weges zum Sozialismus gelöst werden könne, war in der Folgezeit eine praktisch offene Frage geblieben. Im Verlaufe der Zeit wurde darum rein mechanisch dem Begriff der organisierten Wirtschaft der Begriff des Sozialismus gleichgesetzt, wodurch diesem Begriff die ideelle Grundlage seines humanistischen Gehaltes genommen wurde. Die Möglichkeit, daß durch die Schaffung eines Systems der organisierten Wirtschaft auf der Grundlage dieser rein mechanischen und materialistischen Auffassung vom Begriff des Sozialismus ein ungeheuerlicher Apparat einer universellen (oder nach dem heutigen Sprachgebrauch: totalitären) Gewalt aufgebaut werden könnte, die den Menschen in ein ohnmächtiges Werkzeug in den Händen einer unkontrollierbaren Tyrannei verwandeln könnte, wurde völlig übersehen.

Diese Gefahr erkannte Hilferding. In seinem großen theoretischen Werk „Finanzkapital“ (1910) revidierte er die klassische marxistische Ansicht, nach der die organisierte Wirtschaft „automatisch“ mit dem Aufbau der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage verbunden sei, und wies, die Marx'schen Gedankengänge weiterführend, die Möglichkeit auf, im Rahmen einer Gesellschaft, die ihre demokratischen Formen bewahrte, eine organisierte Wirtschaft sozialistischen Charakters auf evolutionärem Wege ins Leben zu rufen. Seine ganze Lebensarbeit als Theoretiker und Nationalökonom gilt dem einen Ziel: dem Kampf um die Wirtschaftsdemokratie, d. h. um den demokratischen Weg zum Sozialismus, den er untrennbar mit einem friedlichen Entwicklungsgang in der internationalen Politik verbunden sah.

Das ist eine Konzeption, die heute aktueller ist denn je zuvor; was Hilferding als Vertreter des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus auf dem Hilferding'schen Parteitag 1922

dem Berliner Propagandaministerium zeitigten vor allem bei unserer Jugend die verheerende Wirkung, daß sie jetzt oft in der ganzen Welt bekannten Tatsachen der Entwicklung unwissend und ratlos gegenüberstehen. Zu den dringendsten Aufgaben der Presse muß es gehören, die Lücken des Wissens nicht nur bei der Jugend wieder zu schließen.

In zwei Tagen jährt sich z. B. der Geburtstag eines Mannes, der vor 1933 in Deutschland ein Begriff war: am 10. August wäre Rudolf Hilferding, der nach seiner Emigration und Auslieferung an die deutsche Gestapo durch die „Vichy-Regierung im Jahre 1941 im Pariser Gefängnis „La Santé“ zugrunde gegangen ist, 70 Jahre alt geworden. Gerade in dieser Zeit des Neuaufbaues eines demokratischen und sozialistischen Deutschlands muß dieses großen Theoretikers des internationalen demokratischen Sozialismus gedacht werden, der — wie der russische Historiker und Marx-Forscher Boris Nikolajewskij sagt — „mehr als jeder andere geleistet hat, um Marx' Werk der Erforschung der Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft fortzusetzen“.

Eine grundsätzliche Ansicht des klassischen Marxismus war, daß die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zwangsläufig zu ihrer Ablösung durch die sozialistische Gesellschaft führe; die früheren Sozialisten waren überzeugt, daß sie — durch den Ablauf der Geschichte — automatisch die unbestrittenen Erben der alten, kapitalistischen Welt sein würden. Hilferding war es, der auf Grund seiner nationalökonomischen und historischen Studien und der umfassenden Schauweite seiner geistigen Interessen — er hatte Medizin studiert, sehr intensive volkswirtschaftliche Studien betrieben und sich eingehend mit Philosophie und Geschichte befaßt — die Fragwürdigkeit dieses Optimismus klar formuliert hat. Karl Marx hatte wissenschaftlich bewiesen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem unvermeidlich von einem System der organisierten Wirtschaft abgelöst werden müsse. Wie aber das Problem des Weges zum Sozialismus gelöst werden könne, war in der Folgezeit eine praktisch offene Frage geblieben. Im Verlaufe der Zeit wurde darum rein mechanisch dem Begriff der organisierten Wirtschaft der Begriff des Sozialismus gleichgesetzt, wodurch diesem Begriff die ideelle Grundlage seines humanistischen Gehaltes genommen wurde. Die Möglichkeit, daß durch die Schaffung eines Systems der organisierten Wirtschaft auf der Grundlage dieser rein mechanischen und materialistischen Auffassung vom Begriff des Sozialismus ein ungeheuerlicher Apparat einer universellen (oder nach dem heutigen Sprachgebrauch: totalitären) Gewalt aufgebaut werden könnte, die den Menschen in ein ohnmächtiges Werkzeug in den Händen einer unkontrollierbaren Tyrannei verwandeln könnte, wurde völlig übersehen.

Diese Gefahr erkannte Hilferding. In seinem großen theoretischen Werk „Finanzkapital“ (1910) revidierte er die klassische marxistische Ansicht, nach der die organisierte Wirtschaft „automatisch“ mit dem Aufbau der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage verbunden sei, und wies, die Marxschen Gedankengänge weiterführend, die Möglichkeit auf „im Rahmen einer Gesellschaft, die ihre demokratischen Formen bewahrte, eine organisierte Wirtschaft sozialistischen Charakters auf evolutionärem Wege ins Leben zu rufen“. Seine ganze Lebensarbeit als Theoretiker und Nationalökonom gilt dem einen Ziel: dem Kampf um die Wirtschaftsdemokratie, d. h. um den demokratischen Weg zum Sozialismus, den er untrennbar mit einem friedlichen Entwicklungsgang in der internationalen Politik verbunden sah.

Das ist eine Konzeption, die heute aktueller ist denn je zuvor; was Hilferding als Vertreter des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus auf dem Halleschen Parteitag 1920 gegenüber dem Vertreter des diktatorischen Sozialismus, dem Präsidenten der Dritten kommunistischen Internationale, Sinowjew, vertrat, ist derselbe Kampf, den die neue Sozialdemokratie heute im Osten, in der russischen Zone und in Berlin, wieder führen muß: den Kampf gegen die Praxis, auf dem Wege einer terroristischen Diktatur zu der erstrebten organisierten Wirtschaft als Grundlage einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gelangen — ein Weg, den der Nationalsozialismus schon eingeschlagen und damit nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt schließlich in die Katastrophe der Jahre 1933–1945 geführt hat. Was Hilferding forderte, nämlich, daß die organisierte Arbeiterschaft es lernen müsse, ihre wirtschaftliche und politische Macht zu gebrauchen, um Wirtschaft und Staat unter ihre Herrschaft zu bringen und den demokratischen Sozialismus zu verwirklichen, und was er in seiner großen Programmrede auf dem Berliner Parteitag 1924 erklärte, sollte sein unveräußerliches Vermächtnis für uns werden: „Der Sozialismus ist heute längst nicht mehr die Frage der Armut und des Elends, kein Kampf der Beladenen und Mühseligen gegen Reiche und Glückliche. Sozialismus ist der Kampf großer organisatorischer Gewalten, und in diesem Kampf muß, infolge der kapitalistischen Entwicklung selbst, die Macht der Arbeitnehmerorganisationen immerfort wachsen. So steht der Sozialismus als Tagesfrage der Politik auf der Tagesordnung dieser Gesellschaft, mag sie es anerkennen oder nicht“.